

handlungen des Tarif-Ausschusses der Buchdrucker wird die Einsicht, das gegenseitige Entgegenkommen und das Verständnis für die gemeinsamen Interessen eine große Rolle, vielleicht die größte, spielen. Von Gehilfenseite wird man hoffentlich nicht vergeblich die Lage der Arbeiterschaft, wie sie die Kriegsverhältnisse herbeigeführt haben, als wichtigstes Argument für eine möglichst hohe Verzifferung der Leuerungszulagen ins Treffen führen. Hierzu hat der „Korrespondent“ in entsprechender Weise vorgearbeitet und einwandfreies Material zusammengetragen. Im zweiten Teil eines „Die Not der Zeit“ überschriebenen Leitartikels ist ziffernmäßig nachgewiesen, wie die Kaufkraft des Geldes seit Ausbruch des Krieges gesunken ist und so die Existenzmöglichkeit der Buchdruckergehilfen auf ein nicht mehr zu ertragendes Minimum herabgedrückt wurde. Was dort von den Buchdruckern gesagt wird, gilt für die gesamte Arbeiterschaft, besonders aber und noch mehr für uns Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

In dem Artikel wird z. B. angeführt, daß nach den Feststellungen des königlich preussischen Statistischen Landesamts in Berlin, das bezüglich der Kleinhandels-Höchstpreise in 51 preussischen Städten u. a. ermittelte, daß vom September 1915 bis September 1917 der Preis zum Beispiel für ein Hühnerrei um mehr als das Dreifache gestiegen ist: von 8,6 auf 34,5 Pf., für 1 Kilogramm Rostfleisch um 253 Proz.: von 91,7 auf 324,4 Pf.; für Eßkartoffeln um 188 Proz.: von 7,1 auf 20,5 Pf.; für Gebäck um 110 Proz.: von 269,7 auf 568,9 Pf.; für 1 Liter Vollmilch um 79 Proz.: von 21,1 auf 37,9 Pf. Selbst der Preis für das notwendige Nahrungsmittel, das Brot, ist trotz aller behördlichen Preisfestsetzungen fast um ein Drittel gestiegen, und zwar von 29,1 auf 38,7 Pf. für das Kilogramm, das sind 9,6 Pf. oder 32 Proz. Der Preis des Weizenmehls ging von 37,5 auf 49,6 Pf. oder um 31 Proz., der des Roggenmehls von 29,9 auf 43,4 Pf. oder um 45 Proz. in die Höhe.

Niel unheimlicher als bei diesen Nahrungsmitteln waren die Preissteigerungen bei Gemüse und Obst. So stiegen z. B. die Berliner Großhandelspreise nach amtlichen Notierungen der Markthalle von Oktober 1913 bis Oktober 1917 nach den festgesetzten Höchstpreisen für 50 Kilogramm Spinat von 4 bis 7 auf 39 Mk., Tomaten von 8 bis 14 auf 42 Mk., Zwiebeln von 3 bis 3½ auf 17 Mk., Kürbis von 3 bis 4½ auf 13 Mk., Äpfel von 4 bis 11 auf 16 bis 53 Mk. und Birnen von 6 bis 15 auf 14½ bis 51 Mk., also um das Dreifache fünffache.

Die Fleischpreise sind in 22 deutschen Großstädten um 86 bis 207 Proz. gestiegen. Inzwischen sind bekanntlich weitere Preissteigerungen eingetreten, die amtlich noch gar nicht erfasst sind. Wie der „Korr.“ an anderer Stelle treffend bemerkt, wird diese ungeheure Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel noch dadurch verschärft, daß die von ihnen benötigten Mengen meist gar nicht zu haben sind und an deren Stelle Ersatzmittel von viel geringerem Gebrauchswert und zu noch viel höheren Preisen treten.

Neben den Nahrungsmitteln sind auch die Kosten für Beleuchtung und Heizung, für Kleider und Schuhe sowie die Wohnungsmieten ins Ungeheure gestiegen. So sind z. B. Stoffe, die vor dem Kriege 3-4½ Mk. pro Meter kosteten heute nicht unter 40-45 Mk. zu haben. Baumwollene Socken, die früher für 3 Mk. zu haben waren, kosten heute 48 Mark. Die Preise für Frauenstrümpfe und Hemden sind um das 10- bis 15fache gestiegen.

Wenn nun in Buchdruckerkreisen die Tatsache als feststehend angesehen wird, daß die Gehilfen an der Grenze des Erträglichsten in bezug auf Entbehrungen aller Art angelangt sind, um wievielfaches mehr trifft das für die ungelerten Glieder des Gewerbes zu, die dieselben und noch größere Entbehrungen ertragen müssen, weil sie um so vieles niedriger entlohnt werden. Deshalb wird es den Hilfsarbeitern nicht verdracht werden können, wenn sie sich nun auch rühnen und ebenfalls mit der Forderung um rasche Erhöhung ihrer Lohnverhältnisse an die Prinzipale herantreten. Und zwar nicht in der Weise, daß sie erst warten auf die Brosamen, die „von des Herrn Tisch fallen“, sondern indem sie auch dasselbe verlangen und erhalten, was man den gelerten Arbeitern des Be-

rufes als „angemessen“ bewilligt. Genau so, wie es für die Gehilfen keine andere Möglichkeit gibt, ihre Existenzfähigkeit zu erhalten, indem sie an die Prinzipale mit der Forderung nach einer ausreichenden Lohnerhöhung herantreten, genau so muß das Hilfspersonal handeln. Und nachdem die Prinzipale die Mehrlasten der Produktion, die ihnen erwachsen, doch wieder auf ihren Kundentriebe abwälzen, will auch die Hilfsarbeiterschaft ihren berechtigten Anteil an der naturgemäß eintretenden Erhöhung des Druckpreistarifes haben. Die Prinzipale haben ein nicht geringes Interesse daran, daß nicht ein noch größerer Teil gelübter Hilfskräfte in die Kriegsindustrie abwandert, weil dort weit höhere Löhne bezahlt werden. Das können sie aber nur verhindern, wenn sie es der Hilfsarbeiterschaft ermöglichen, auch im Bereiche ihr Leben fristen zu können.

Nach all dem Gesagten steht zu erwarten, daß es in den verschiedensten Druckorten unmittelbar nach der Lagung des Tarif-Ausschusses zu einer Fühlungnahme zwischen den örtlichen Prinzipalsgruppen und den Vertretern der Hilfsarbeiterschaft über die Erhöhung der Leuerungszulagen kommen wird. Wünschen wollen wir im beiderseitigen Interesse, daß es ohne große Reibungen überall zu einer Verständigung auf der von uns gekennzeichneten Grundlage der Gleichstellung mit den Gehilfen kommen möge. Ueberall dort aber, wo die Unternehmer keine Einsicht zeigen und den nur zu berechtigten Wünschen des Hilfspersonals nicht entgegen zu kommen bereit sind, müssen die Kollegen und Kolleginnen dafür sorgen, daß solcher Widerstand eventuell auch gebrochen werden kann. Dazu aber bedarf es der Mitarbeit aller. Die Bestände der Organisation müssen schnellstens aufgefüllt werden. Die heute noch Unorganisierten müssen dem Verbandszugeführt werden. Jedes Verbandsmitglied hat im wohlverstandenen eigenen Interesse die Verpflichtung für die Stärkung des Verbandes zu sorgen. Davon wird es letzten Endes überall abhängen, inwieweit die Lage der Kollegenschaft erträglicher gestaltet werden kann. Darum Kollegen und Kolleginnen, nützet die Stunde!

Berufsgefahren und Kriegsernährung.

Die Erfüllung der Berufspflichten ist überall auch ein Stück Magenfrage. Was in dem einen Beruf an Muskelkraft gespart wird, zehren in dem anderen die Nerven auf. Ungenügende Ernährung bei der Arbeit, die starke Anspannung fordert, verjagt alle Frische und Freudigkeit; es sinkt nicht nur die Menge und Güte des Erzeugten, es leidet auch die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Und unmittelbar schwächt ungenügende Ernährung die Widerstandskraft des Körpers gegen alle möglichen Berufsgefahren und Berufskrankheiten. So ist z. B. das Arbeiten in ungesunder Luft offenbar doppelt und dreifach schädlich, wenn die Darme leer sind und das Blut dünn.

Anbauern die Unterernährung schwächt den Körper und mindert die Arbeitskraft. Dadurch tritt jetzt so häufig bei den Arbeitern das unheimliche Gefühl frühzeitigen Ermüdens ein, die Temperatur erhöht sich, die Schweißabgabe wird stärker. Es gibt für einen Arbeiter nichts Niederbrüderendes, als wenn er regelmäßig nach der dritten oder vierten Arbeitsstunde schon so erschöpft ist, wie sonst kaum am Ende des ganzen Tages an der Werkbank. Häufig ist diese Ermüdung der Vorbote des Beginns einer Krankheit. Der Zustand wird leicht verschlimmert durch anstrengende Akkordarbeit, die keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Körpers nimmt, dauernde Nachtschicht oder häufig wechselnde Schichtzeit, ständige Lust usw. Aber gegen die daraus entstehenden Gefahren kann sich der Vorkämpfer meist schützen, während er gegen den chronischen Hunger wehrlos ist und hinnehmen muß, wie dieser den ganzen Menschen zerrütet und schließlich zum Zusammenbruch der Kräfte führt.

Schlechte Ernährung trägt viel bei zu der allgemeinen Gleichgültigkeit gegen Berufsgefahren, sie ist die Ursache einer allgemeinen Buntigkeit gegenüber der ganzen Umgebung. Wie ein Trümmen wandelt der Unterernährte zwischen den Maschinen umher und klettert auf ein Schutgerüst

— er wird zu einer Gefahr für sich und die Mitarbeiter und kann auf verantwortlichen Posten Maschinunfälle hervorrufen. Es ist bekanntlich längst nachgewiesen, daß kurz vor der Mittagspause, am Ende des Arbeitstages und in den letzten Tagen der Woche die Unfälle häufiger und schwerer sind als zu anderen Zeiten und anderen Tagen. Die Zahl dieser Unfälle, die einfach auf das Versagen der körperlichen Spannkraft zurückzuführen sind, hat im Kriege ganz außerordentlich zugenommen.

Zweifelloos spielt dabei die schlechte Ernährung eine große Rolle, so schwer es auch sein mag, ihren Einfluß exakt nachzuweisen. Mit der Dauer der Lebensmittelschwierigkeiten vergrößern sich diese Gefahren ganz von selbst. Darum hätte sich jeder in diesen Fragen vor gleichgültigem Geschehenlassen! Der Körper bricht nicht sofort zusammen, er wehrt sich erst mit verzweifelten Mitteln, er zehrt an den Reserven der Körperkräfte noch lange Zeit und hält mit ihnen auch die angegriffene Maschine noch eine Weile im Takt; gerade deshalb vernachlässigen die Menschen oft ihren Körper so schändlich, bis er eines Tages doch seine Rechnung eintrifft.

Im Kriege wird mit der Menschenkraft Raubbau getrieben. Wir sollten aber unser kostbarstes, unser einziges Gut nicht ganz ausrauben lassen. Deshalb dürfen wir auch im Kampf um bessere Lebensmittelverteilung nicht erlahmen. Für das kommende Erntejahr 1918 müssen wir laut fordern, daß gebührend in Rechnung gestellt werde, wie stark die Sparlaste an Volkskraft schon angegriffen ist. Wir müssen dringlich mahnen, die Wege zu beschreiten, die eine weitere Gesundheitschädigung zu verhüten gestatten. Mit dem Beschönigungsmittel, der Sonderzuweisungen an einzelne Schichten und Berufe oder andere Pflichten ist nichts getan. Dabei wird nur ein Teil der Arbeiterschaft auf Kosten des anderen vorübergehend bevorzugt, aber die Gesamternährung ist um kein Gramm verbessert. Die Menge der zur Verteilung gelangenden Lebensmittel muß vergrößert werden. Je länger der Krieg dauert, desto wichtiger wird dieses Verlangen. Die Erfassung und Verteilung der Lebensmittel muß mit wachsender Aufmerksamkeit verbessert werden. Viel zu viele saßen im männermordenden, blutigen Kampf. Aber auch die wirtschaftlichen Verluste in der Heimat werden immer länger. Staatsmann, Arzt, Volkswirtschaftler und Politiker müssen mit Hand anlegen, um die überwältigend große und dringliche Aufgabe des Schutzes der Volkskraft vor weiteren Schädigungen zu lösen.

E. H. Thomas.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine sehr gut besuchte Vertrauenspersonensitzung beschäftigte sich am 26. Juni mit dem Bericht vom außerordentlichen Verbandstag, der Stellungnahme zum Berliner Tarifverhältnis, den Gesandtschaften zum Ortsvorstand, der Wahl der nichtangewählten Mitglieder des Hauptvorstandes und Verschiebenem. Ein Einspruch gegen die Tagesordnung erfolgte vom Kollegen Gallonka, der beantragte, die Wahlen in einer ordentlichen Mitgliederversammlung vorzunehmen. Demgegenüber berief sich der Vorstand auf den Beschluß vom 29. Sept. 1914, wonach dem Vorstand mit den Vertrauenspersonen die notwendige Erlebigung einiger Vereinstmaßnahmen übertragen wurden. Der Kollege Goch erstattete den Bericht vom außerordentlichen Verbandstag in eingehender Weise. Er ging die Tätigkeit des Verbandstages an den einzelnen Tagen durch und betonte, daß die Berliner Anträge in bezug auf Beiträge und Unterstützungen mit unwesentlichen Änderungen angenommen wurden. Danach werden bei den Unterstützungen die bisherigen Stufen 2-6, die jetzigen Stufen 1-5, eine neue 6. Stufe wurde angefügt mit 2,75 Mk. Arbeitslosenunterstützung auf 60 Tage und 1,10 Mk. Krankenunterstützung auf 30 Tage in der höchsten Staffel. Ferner wurde beschlossen, daß weibliche Mitglieder nicht verpflichtet sind der 6. Klasse beizutreten. Ein Antrag, die Unterstützungen erst nach 6 Tagen zu zahlen, wurde abgelehnt, es blieb also bei dem alten Verhältnis, Arbeitslosenunterstützung wird vom 1. Tage gezahlt, wenn die Arbeitslosigkeit mindestens 4 Arbeitstage währt, Krankenunterstützung wird vom ersten Tage gezahlt, wenn die Krankheit mindestens 6 Arbeitstage dauert. Die Streikunter-

stiftung wurde festgesetzt auf das 1½fache der Arbeitslohnunterstützung. Die Anträge, betreffend Rentenempfänger und Kriegsschädigte, ebenso der Antrag Berlin, betreffend Bildung einer Arbeitsgemeinschaft und den Antrag München, betreffend Schaffung eines graphischen Zentralgewerkschaftsorgans wurden dem Zentralvorstand als Material überwiesen. Der Berliner Antrag zum § 17, wonach den Zahlstellen von 500 Mitgliedern aufwärts statt 5 Proz. jetzt 7½ Proz. verbietet sollen, wurde abgelehnt. Da aber auch die Ortsklasse in Folge der anhaltenden Teuerung mit höheren Ausgaben zu rechnen hat, wird sich die nächste Mitgelderhebung mit einer wenn auch minimalen Erhöhung des Ortsbeitrages beschäftigen müssen. § 19 wurde bei der Abstimmung am ersten Tage zurückgestellt, bis die anderen Abstimmungen über Beiträge erledigt waren. Der erste Vorschlag, daß die „Soll“ bis auf weiteres zweiwöchentlich erscheinen solle, wurde in namentlicher Abstimmung mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen, der 2. Teil betreffend die Redaktionskommission, fand gegen 1 Stimme Annahme. Die Gehaltsregulierung wurde leider nicht nach den örtlichen Verhältnissen geregelt und auch nicht annähernd das bewilligt, was die Berliner Angestellten erwarteten. Die Delegierten stellen sich hier auf den Standpunkt, daß Berlin mit seinem Vermögen einen Ausgleich schaffen könne. Im allgemeinen trug der diesmalige Verbandstag den Berliner Ansichten, bis auf die Gehaltsfrage, mehr Rechnung wie bisher, weshalb wir wohl zufrieden sein können. Wörtliche Berichte, also Protokolle, stehen gegen Bestellung und Zahlung von 10 Pf. zur Verfügung, die Vertrauenspersonen werden ersucht, dem Vorstand möglichst umgehend die Bestellungen aufzugeben. Kollege Baumgarten ergänzt den Bericht dahingehend, daß die auf unbestimmte Zeit Abgemeldeten in Zukunft pro Woche einen Beitrag von 10 Pf. zu zahlen haben. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Gallonsta, Böhle, Meich, Krumrey, Schulz, Baumgarten, Glöth, Jäbide u. Böhl. Die Tätigkeit der Delegierten auf dem Verbandstag wird gut geheißen, aber die Stellungnahme des Verbandstages zur Gehaltsfrage der Berliner Angestellten verurteilt. Allgemein wird der Standpunkt vertreten, daß der Verband die Pflicht hat, die Berliner Angestellten so zu entlohnen, daß dieselben damit auskommen können, die Ortsmittel sind dazu nicht anzuwenden. Eine Anregung, den Angestellten aus der Ortsklasse zu ihrem dreiwöchentlichen Erholungsurlaub einen Zuschuß zu gewähren, wurde dahin erledigt, daß ein Antrag Böhl gegen eine Stimme Annahme fand, jedem Angestellten zu diesem Zweck 200 Mk. zu gewähren. Zum 2. Punkt Berliner Tarifverhältnis bemerkte Kollege Glöth, daß wir nicht erst bei Beschluß des Verbandstages abwarteten, sondern schon in voriger Versammlung eine 5gliedrige Lohnkommission wählten, die mit dem Vorstand gemeinsam unsere Tarifverhältnisse bearbeitet. Die letzte Vorstandssitzung beschloß betreffs der Aenderung der „Allgemeinen Bestimmungen“, sowie des Satzungsvertrages und eventl. „Revision des Berliner Lohntarifs“ ein Schreiben an die Prinzipale zu senden, welches er verliest. Außerdem sollen in ganz Berlin Drucker-Besprechungen zur Berichterstattung vom Verbandstag und zu den Vorarbeiten eines neuen Berliner Lohntarifs einberufen werden. Diefem stimmte die Vertrauensperson zu. Bei den Ergänzungswahlen für den Ortsvorstand werden für den durch Berufswechsel ausgeschiedenen Kollegen Lorb und der durch Krankheit ausgeschiedenen Kollegen Lüber die Kollegen Krumrey und Schulz gewählt. Bei den Wahlen zum Hauptvorstand erstattet Kollege Marx eine kurze Uebersicht über die bisherige Tätigkeit, danach werden einstimmig gewählt: Kollege Marx, Kollegin Müller und Kollege Barbuhn. In die Revisionskommission werden einstimmig gewählt: Kollege Gudel, Sommerfeld und Kollegin Eise Sanger. In die Redaktionskommission werden Meich, Jäbide und Böhle einstimmig gewählt. Nachdem unter Vorsitzendem einige interne Angelegenheiten geregelt und einige Anfragen erledigt wurden, erfolgte Schluß der impo-santen Sitzung. (Einges. 2. 7.)

Eberwalde. Für viele Laufende von Ausflüglern, die an schönen Sommersonntagen in der näheren oder weiteren Umgebung Berlins Erholung suchen, bildet Eberwalde einen der Ausgangspunkte zu schönen Fußwanderungen durch einen der reizvollsten Teile der märkischen Landschaft. Und nur Wenigen fällt es auf, wenn sie durch den Ort ziehen, daß Eberwalde eine recht aufsehenswerthe Industriekolonie ist, zu der es sich in dem letztverflohenen Jahrzehnt entwickelt hat. Das Sonntagsbild, das das Städtchen bietet, läßt nicht

erkennen, daß dort ein großes Arbeiterheer lebt, welches nur wenig oder meist garnicht von den Naturschönheiten genießen kann, berenthalb die wanderlustigen Großstädter hinauspilgern. Der Kampf ums Dasein, um tägliche Brot in solchen aufblühenden Industrieorten wird noch oft viel härter von den Arbeitern empfunden, als in den großen Industriezentren und nimmt ihnen die Freude an dem Anblick landschaftlicher Schönheiten. Das Bestreben der Besitzer großer Fabriken zielt begreiflicherweise darauf hinaus, billig zu produzieren. Neben billigen Preisen für Grund und Boden, geringeren Steuerlasten, spielen die Arbeitslöhne dabei die größte Rolle. Deshalb auch der Zug aufs „Land“. Am „Land“, wo Mieten und Lebensmittel billiger sind, sind viel leichter auch billige Arbeitskräfte zu erhalten. So ist es auch meist am Anfang. Doch wie bald ändert sich das Bild. Die Mieten steigen sich und auch die Lebensmittel werden teurer, aber die Löhne bleiben dieselben. Der „Sege“ der Industrie fließt in die Taschen der Unternehmer, der Häuferspekulanten und der Krämer. Der Arbeiter hat davon das wenigste. Und so ist es auch in Eberwalde. Nun färben auch dort die Verhältnisse, wie überall, auf die Lage der Bucharbeiter ab. Der Bedarf an Druckerzeugnissen ist nicht gering, der von einigen am Orte befindlichen Buchdruckereien gedeckt wird. Dementprechend ist auch der Personalstand in diesen Betrieben ein ganz ansehnlicher, worüber man sich freuen könnte, wenn nicht auch die Lage der daselbst beschäftigten Arbeiter besonders aber der Arbeiterinnen eine nicht allzu „ländliche“ wäre. Kaum eine Eisenbahnstunde von Berlin entfernt sind die Preise für Lebensmittel in Eberwalde schon recht berlinisch und die sonstigen Bedürfnisse, wie Kleider und Schuhe sind dort noch viel teurer, als in der Großstadt. Daß die Kriegsverhältnisse auch in Eberwalde sich in fühlbarer Weise bemerkbar machen, versteht sich so nebenbei. Wie aber stellen sich demgegenüber die Löhne? In der größten Druckerei mit Zeitungsbetrieb erhalten die Arbeiterinnen Lohnsätze von 7-16,50 Mk. und 4,50 Mk. Teuerungszulage. Tiegelanlegerinnen werden mit 10 Mark entlohnt und für den Lohn von 16,50 Mark müssen die Kolleginnen eine 13stündige Schichtarbeit täglich, zuzüglich 3stündiger Sonntagsarbeit leisten. Die Ueberstundenentschädigung beträgt 30-40 Pfennige. Ähnlich so sieht es auch in den übrigen am Ort befindlichen Druckereien aus. Wie es diese Arbeiterinnen unter den jetzigen Verhältnissen fertig bringen, bei solchen Löhnen ihr Leben zu fristen, darüber zerbricht man sich vergeblich den Kopf. Allerdings scheinen sich die Herren Druckereibesitzer darüber kein Kopferbrechen zu machen. Die erhöhten Druckpreise bekommen sie bei dem Bedarf von ihrer Kundenschaft auch, ohne ihren Arbeiterinnen den gebührenden Anteil daran zuzulassen zu müssen. Denn bisher war niemand da, der ihnen in Erinnerung brachte, wer ihnen ihre Profite schafft. Das scheint nun anders zu werden. Die Not der Zeit ist eine gute Lehrmeisterin. Während bisher unter den Eberwalder Buchdrucker-Arbeiterinnen die Organisation ein unbekanntes Ding war, kommt ihnen jetzt die Erkenntnis, woran es liegt, daß sie so hilflos alles über sich ergehen lassen müssen, und sie haben den Weg gefunden, auf dem sie zu einem menschenwürdigeren Dasein gelangen können. In einer gut besuchten Versammlung beschäftigten sich die Eberwalder Kolleginnen mit ihrer Lage und sie kamen zu dem einhelligen Entschluß, dem Hilfsarbeiterverband beizutreten und mit dessen Hilfe eine Aenderung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Bessern herbeizuführen. Wir begrüßen unseren jüngsten Ortsverein und wünschen, daß er recht bald ein kräftiges Glied unseres Verbandes werde, der auch den Eberwalder Kolleginnen Schutz und Schirm in allen Lebenslagen sein wird.

Leipzig. Eine starkbesuchte Mitgelderversammlung beschäftigte sich am Sonntag, den 23. Juni, im Pantheon mit der Berichterstattung unserer Delegierten vom 2. außerordentlichen Verbandstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der Kollegen Paul Müller und Otto Glaube, welche als Opfer des Schlachtfeldes gemeldet wurden, sowie der verstorbenen Kollegin Gertrud Morde, zu deren Ehren sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben. Ueber die Aenderungen des Statuts berichtete Kollege Friedrich Schmidt, über die Behandlung der Tarifrfrage und den Verlauf der Tagung der Vorsitzende. Nicht nur aus dem Gesichtswinkel einer gerechteren Verteilung der Beiträge nach dem Verdienst — so betonte ersterer — sei die Reform unseres Finanzwesens geboten gewesen, sondern mehr noch in der Voraussicht, daß gegenüber et-

wainen Lohnreduzierungsabsichten der Unternehmer die Berufsangehörigen durch eine auskömmliche Streikunterstützung geschützt werden müßten. Dieser Zweck sei erreicht. Mitgliedern der Klasse VI und höchsten Staffel stehen mit Zutratretreten der neuen Bestimmungen wöchentlich in der Regel 24,75 Mk. zur Verfügung, ein Satz, der den Münchener Antrag noch um ein bedeutendes überholt und beispielsweise den zur Zeit durchschnittlichen Wochenverdienst einschließlich Teuerungszulagen der Leipziger Anlegerinnen übersteigt. Nicht übersehen werden durfte infolge der kolossalen Stelgerung der Lebenshaltung die Erhöhung der Unterstützungsätze für Arbeitslose und Kranke. Auch das ist in mäßigen Grenzen erreicht. Schutz, aber auch Trugmittel in verbesserter Form gegenüber verständnislosem Verhalten des Unternehmertums stelle also der 2. außerordentliche Verbandstag den Berufsangehörigen zur Verfügung, denen gegenüber die Regulierung der Lohngrenzen und Beitragsätze kaum ins Gewicht falle. Einschließlich des Ortsbeitrages seien deshalb für Leipzig bis Ende des dritten Quartals folgende Sätze durchzuführen:

bis 12 Mark	50 Pf.	Beitrag
über 12-15 "	65 "	"
" 15-20 "	70 "	"
" 20-23 "	80 "	"
" 23-30 "	100 "	"
" 30 Mark	120 "	"

Weibliche Mitglieder sind nicht verpflichtet, der höchsten Beitragsklasse beizutreten. Solche, die auf Grund des § 5, Abs. 3 und 4, als vorläufig abgemeldet gelten wollen, haben einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. während der Dauer der Abmeldung zu entrichten. Für die Bereitstellung materieller Mittel sei also gesorgt. An der Kollegenschaft liege es nun, sich dieser Mittel bei ihrem Existenzkampf zu bedienen. In marantem Strichen zeichnete dann der Vorsitzende das Bild unserer Tarifrührerinnen seit 1906 bis zum Schreiben des Deutschen Buchdruckervereins, welches am 16. Mai d. J. in die Hände unserer Zentralleitung gelangte. Gleich als Glied in der Kette zweispaltiger Beitragstreue von Unternehmenseite aneinanderreihend. Als ganz besonders gravierend bezeichnete er die Antwort des Vorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf die Klipp und klare Frage unseres Zentralvorstandes, betreffend Schaffung von Grundlöhnen und einer aktionsfähigen Tarifzentrale. Mit alten Lebensgefühlen wie „ganz verschieden gearteten örtlichen Verhältnissen“, „außerordentlich häufigem Wechsel des Personal“ und „tariflichen Erfahrungen mit dem Hilfspersonal“ werde dies als nicht durchführbar abgelehnt. Gegen derartige „Gründe“ müsse entschieden protestiert werden, obwohl das schon des öfters geschehen sei. Abgesehen sei von der Aufnahme eines detaillierten Protestes in die Entschickung des Verbandstages (siehe Nr. 25 der „Soll“), um deren Klarheit nicht zu beeinträchtigen. Die heutige Versammlung sei jedoch dazu der rechte Ort und vor aller Dessenlichkeit wäre daher festzuhalten, daß die in dem Schreiben des D. B. V. angeführten verschieden gearteten örtlichen Verhältnisse kein Hindernisgrund für die Tarifizierung der Gehilfenschaft gewesen sind und deshalb auch nicht für die der Hilfsarbeiterchaft sein könnten, weil letztere mit der Regelung der Grundlöhne nach den Lokalaufschlagsgesichtspunkten des Deutschen Buchdrucker- und des Deutschen Buchdruckerpreistarifs durchaus einverstanden sind. Weiter, daß von einem außerordentlich häufigem Wechsel des Hilfspersonals nur dort gesprochen werden kann, wo die Entlohnung und die Behandlung derselben so niedrig und willkürlich war, daß Selbsterhaltung- und Selbstachtungstrieb es zum Ueberwecheln in besser zahlende und ihre Menschenwürde besser achtende Berufe zwang. Orte mit einigermaßen ausreichenden Existenzbedingungen hätten unter außerordentlichem Wechsel nicht zu leiden. Eine Statistik von Berlin aus dem Jahre 1912 beweist das aufs Deutlichste. Sie besagt:

Von 2130 männlichen Hilfsarbeitern waren im	
Berufe beschäftigt:	
unter 1 Jahr	51
von 1-5 Jahren	603
" 5-10 "	607
" 10-15 "	481
" 15-20 "	224
über 20 Jahren	164
Von 1128 Hilfsarbeiterinnen waren im	
Berufe beschäftigt:	
unter 1 Jahr	103
von 1-5 Jahren	361
" 5-10 "	339
" 10-15 "	172
" 15-20 "	63
über 20 Jahren	90

Leipzig natürlich mit seinen Hofratskühnen und Feuerungszulagen könne hiermit nicht konkurrieren. Noch vor wenigen Monaten verweigerte die Firma Brockhaus vier oder fünf mit großer Mühe reklamierten Familienvätern eine angemessene Zulage, sobald diesen nichts weiter übrig blieb, als bei der Konkurrenz ein Unterkommen zu suchen, die bis 10 Mk. pro Woche mehr den Einzelnen zahlte, ohne deshalb bis heute dem Bletterer zu verfallen. Auch ein Teil des weiblichen Personals hat diese gasstliche Stätte verlassen. Die Firma Oskar Brandstetter bot in der Mitte des vergangenen Jahres — sage und schreibe — fünfzig deutsche Reichspfennige Aufbesserung der Feuerungszulage für weibliche Personen, zu einer Zeit, wo durch statistisch einwandfreies Material bereits eine mehr als 100 prozentige Verteuerung der Lebenshaltung herrschte!!! Beim Vorstehen des D. B.-B., der über langjährige Geschäftstätigkeit zugehörigste Krotodiskontanten vergleicht, erhält heute noch eine Anlegerin mit 25 jähriger Geschäftszugehörigkeit, einschließlich der Feuerungszulage, 22 Mark, obwohl bereits in einer Reihe anderer Betriebe 17- und 18 jährige Auslegerinnen derartige Saläre beziehen. Diese Liste könnte durch Anführung weiterer „Beitragler“ vermehrt werden. Und angesichts solcher Fälle operieren die der Dessenlichkeit gegenüber als „tariffreundlich“ orientiert sein wollenden Spitzen des D. B.-B. mit dem „außerordentlich häufigem Wechsel“ des Hilfspersonals? Würde nicht der „Lohn“-Druck der Leipziger Druckerinnen eines ihrer wesentlichsten Tätigkeitsgebiete sein, wäre auch hier von einer außerordentlichen Fluktuation wahrscheinlich wenig zu merken. Vorausgesetzt, daß Behandlung und Schutz des Arbeitereigentums während der Arbeitszeit weniger zu wünschen übrig lassen. Nicht weniger als 18 Fälle nämlich wurden uns im vergangenen Jahre aus drei Betrieben gemeldet, wo Berufsangehörige um einen Teil ihres Eigentums gebracht wurden. Wahrscheinlich allerdings von ihren Kolleginnen, die infolge ihrer traurigen Entlohnung auf diese Weise gezwungen waren, ihre notwendigen Bedürfnisse zu bedenken. Die eigentümlich Schulbigen sitzen in Klubesseln. Eine mehr als eiserne Stirn gehört aber dazu, die mit den Hilfsarbeitern gemachten tariflichen Erfahrungen als Hindernisgrund tariflicher Vereinbarungen zu bezeichnen. Von einer prinzipialseitigen Durchlöcherung der „Allgemeinen Bestimmungen“ mit Zustimmung des D. B.-B. in Leipzig, Hamburg, Mannheim und andern Orten weiß man wohl im Buchgewerbe nichts, ebensowenig wie von der Dresdener Tarifbewegung usw.? Zu gegebener Zeit werden darüber auch einmal die Asten zu öffnen sein. Ohne Frage habe daher der Verbandstag mit seiner Entschickung das Richtige getroffen. Als Windfang für die Heraussetzung der Kriegsausschlüsse können und dürfen wir an keinem Orte weiter dienen. Wo die Gerechtigkeit besteht, ein den Bedürfnissen der Zeit und des Gewerbes dienendes Tarifverhältnis abzuschließen, soll aber unsererseits derartigen Bestrebungen kein Hindernis entgegengestellt werden. Nicht nur auf politischem und militärischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem sind wir stets für einen Verständigungsfrieden. Im weiteren erläuterte Redner die Verbandsentwickelung und kam dann auf andere wichtige Punkte der Tagung, wie die Beschränkung der „Solidarität“ zurück. In der Diskussion waren alle Redner ausnahmslos einverstanden mit der Haltung des Verbandstages in der Tarif- und Lohnfrage. Kollege Rademacher jedoch hielt die getroffenen Maßnahmen zur Stärkung unserer Finanzen für zu gering. Er sowohl, wie auch die Kollegin König und die Kollegen Hätting und Seidel bedauerten die Einschränkung der „Solidarität“. Letzterer bezeichnete dies als falsche Sparpolitik und hätte — wenn schon gespart werden sollte — es im Interesse des Ganzen liegend gesehen, daß ein Abbau der Unterstützungsstaffeln erfolgt wäre. Wichtig sei wohl, daß durch die Einschränkung nur die Zentralkasse spare. Die Ortsstellen größerer Orte würden aber ihre Mitteilungsblätter ausbauen müssen, sobald von einer wesentlichen Ersparnis für die Gesamtheit wohl kaum die Rede sein dürfte. Die Kosten würden nur aus einem andern Topfe ausgebracht. Leipzig beispielweise müßte unter diesen Umständen auf das vierzehntägige Erscheinen seines früheren Wochenzettels zurückgreifen. Folgende aus Mitgliederkreise eingegangene Entschickung fand wiederpruchslos Annahme:

„Die am 23. Juni im Pantheon tagende gutbesuchte Versammlung der Leipziger Hilfsarbeiter-Schaft spricht ihr Einverständnis mit den Maßnah-

men des 2. außerordentlichen Verbandstages aus. Sie beauftragt den Gesamtvorstand mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß am Orte der Zeitzeit entsprechende Löhne durchgesetzt werden. Die Versammelten versprechen nicht eher zu ruhen, bis auch die letzten Indifferenzen dem Verbandszugeführt sind und verbürgen sich, mit allem Nachdruck für die Durchführung der festgelegten Sätze einzutreten.“

Unter Verschiedenem wurde dann noch bekanntgegeben, daß die Einziehung der Mitgliedsbücher zur Kontrolle in der Woche vom 22. bis 27. Juli erfolgt. Am 13. Juli findet eine Stechlahnpartie, am Sonntag, den 21. Juli, der Gantag des Gau VI in Leipzig statt. (Eingeg. 27. 6.)

München. Obwohl nur Mitglieder Zutritt hatten, war der große Kolosseumsaal am Mittwoch, den 26. Juni, wo unser Vorstehen über die Verhandlungen des 2. außerordentlichen Verbandstages Bericht erstattete, dicht gefüllt. In mehr als 1½stündigen Ausführungen gab Kollege Schmid ein anschauliches Bild über unsere Parlamentaristik, rekapituliert die Vorgänge seit unserem letzten Verbandstag 1914 in Leipzig, sowohl auf tariflichem, wie organisatorischem Gebiete und verstand es die Mitglieder von der Notwendigkeit der nun aufs neue, auf dem diesjährigen Verbandstage, gefassten Beschlüsse zu überzeugen. Daß unsere Tariffache in den Ausführungen des Redners in den Vordergrund trat, ist bei der Wichtigkeit der Materie eine Selbstverständlichkeit. Doch auch die für die Mitglieder unangenehmere Frage der Beitragsregulierung verstand Kollege Schmid in Formen zu kleiden, daß bei der späterhin vorgenommenen Abstimmung volle Einstimmigkeit erzielt wurde. Ebenso einstimmig war die Kollegenschaft in der Auffassung, daß bisher in München vorhandene gute Einvernehmen mit den Prinzipalen durch ein weiteres vertragliches Verhältnis aufrecht zu erhalten, wenn die Buchdruckerelbesther einsichtsvoll, den aus den Räten der Zeiten geborenen Wünschen des Buchdrucker-Hilfspersonals, entgegen kommen. Diese Wünsche bestehen darin, daß eventuelle Zugeständnisse an die Gehilfschaft, durch deren Antrag beim Tarifamt, auf Revision des Tarifes, in bezug auf Erhöhung der Wochenlöhne und Verlängerung der Arbeitszeit, auch dem Hilfspersonal in entsprechender Weise zugestanden wird. Weiterhin, daß die von der Gehilfschaft geforderte ab 15. Juli spätestens zahlbare neue Feuerungszulage, ab gleichen Datums den männlichen Hilfsarbeitern in derselben Höhe zu gute kommt wie den Gehilfen und die neuen Feuerungszulagen für die weiblichen Arbeiter, mindestens 15 Mark für die Einzelgerinnen und 10 Mark für die Hilfsarbeiterinnen, betragen. Für die unter einem Jahre im Berufe arbeitenden, den doppelten Betrag der jetzigen Feuerungszulagen. Auch verlangt das Hilfspersonal eine Regelung der Urlaubsfrage, je nach Zeitdauer der Beschäftigung. Sollten diese beschiedenen Wünsche allerdings wider Erwarten keine Berücksichtigung finden können, dann betrachten sie den bisher bestandenen Vertrag als gefällig, nicht aber ohne die Erklärung abzugeben, daß sie für den Abschluß eines neuen Vertrages zu haben sind, wenn derselbe zeitgemäßen Änderungen unterworfen wird. Die Versammlung erbat Antwort von den Herren Prinzipalen bis 9. Juli d. J. und wird dann weiter zu der Frage Stellung nehmen. Für eventuell zu erwartende Verhandlungen wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern bestimmt. Unter Verschiedenem gab der Vorstehen noch bekannt, daß im August ein gemeinsamer Ausflug unserer Kollegenschaft mit ihren Familien stattfindet. (Eingeg. 29. 6.)

Stuttgart. (Mitgliederversammlung am 25. Juni.) In sehr gut besuchter Versammlung gab Kollege Werner Bericht über die Verhandlungen des 2. außerordentlichen Verbandstages in Berlin und über die dort gefassten Beschlüsse. Nach kurzer Diskussion gab die Versammlung ihre Zustimmung mit der Tätigkeit des Verbandstages durch folgende einstimmig angenommene Entschickung: „Die heute, am 25. Juni 1918, tagende gutbesuchte Versammlung der Bezirksstelle Stuttgart nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des 2. außerordentlichen Berliner Verbandstages und erklärt sich mit diesen Beschlüssen einverstanden. Im Verfolg dieser Beschlüsse beauftragt die Versammelten den Vorstand, die mit dem Bezirksverein Stuttgart des deutschen Buchdrucker-Vereins im Jahre 1911 abgeschlossenen Vereinbarungen über die Entlohnung des Hilfspersonals in den Stuttgarter Buchdruckereien, zum Ablauf auf 31. Dezember 1918 ebenfalls zu kündigen. Da wir nach wie

vor auf dem Boden stehen, daß Tarifverträge dem gewerblichen Frieden dienen, ermächtigt die Versammlung den Vorstand, gegebenenfalls mit den bevollmächtigten Vertretern der Stuttgarter Prinzipalität einen neuen Tarif abzuschließen. Die Versammelten erörtern in dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands ihre einzige wirksame Interessenvertretung und geloben diesem unbedingte Treue zu bewahren und für die weitere Ausbreitung des Verbandes nach besten Kräften besorgt zu sein.“ Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten fand die äußerst rege verlaufene Versammlung ihren Abschluß. (Eingeg. 29. 6.)

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Raummangel mußten noch einige Versammlungsberichte und „Rundschau“ zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten unsere Kollegen:

Robert Brandt,

Hilfsarbeiter (Reichsdruckerei), geboren am 20. März 1888, gefallen im März 1918 im Westen;

Richard Schulze,

Steinschleifer (Raud & Hartmann), geboren am 28. Juli 1878, gestorben im Lazarett in Rußland;

Otto Schumacher,

Falzer (Schulz), geboren am 24. Februar 1888, gefallen im Mai 1918 im Westen;

Hermann Klotz,

Falzer (Schulz), geboren am 27. März 1872, gestorben im Lazarett Mai 1918;

Reinhold Podewils,

Anleger (Eiser), geboren am 9. Februar 1889, gefallen am 1. Juni 1918 im Westen.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen

Die Bezirksstelle Berlin.

Dem blutigen Kriege zum Opfer fielen unsere Kollegen:

Otto Kranke

(Kuer & Comp.) im Alter von 28 Jahren;

Franz Waeffe

(Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine) im Alter von 29 Jahren;

Hermann Scharre

(Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine) im Alter von 84 Jahren;

Julius Brandt

(Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine) im Alter von 44 Jahren.

Ehrendes Andenken bewahrt ihnen

Die Bezirksstelle Hamburg.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegin

Bertha Gartenstein

(B. Ulrich) nach einjähriger Krankheit von ihrem schweren Leiden durch den Tod erlöst wurde

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitgliederschaft Dresden.